

## „Wohltäterei“ und katholische Familienpolitik

Katholizismus, Patriotismus und ständestaatliche Ideologie bestimmten in den Jahren des Austrofaschismus sämtliche Bereiche des Sozialwesens. Die Dominanz der katholischen Kirche sowie der *Vaterländischen Front* fand in den meisten Lebensbereichen ihren Niederschlag, so auch in der Fürsorge.

Auf der Grundlage konservativer Ideale und einer katholischen Soziallehre (*Enzyklika Quadragesimo anno* von 1931) wurde auch in der öffentlichen Jugendwohlfahrt verstärkt auf Ideale der christlichen Nächstenliebe gesetzt.<sup>3</sup> Das einst propagierte allgemeine Anrecht auf Fürsorge wurde wieder reduziert auf eine private, vielfach ehrenamtliche und nicht öffentliche Wohlfahrt,<sup>4</sup> auf die einst von Julius Tandler angeprangerte „alte Wohltäterei“.<sup>5</sup>

Auch das Säuglingswäschepaket wurde nicht mehr wie bisher an alle, sondern nur an „bedürftige“ Mütter ausgegeben.<sup>6</sup>

Im Zentrum der fürsorgerischen Aufgaben standen nun primär Fragen des Familienschutzes und der Familienfürsorge, der Kampf gegen die hohe Säuglingssterblichkeit und vor allem gegen den beklagten starken Geburtenrückgang sowie gegen sogenannte „Ehezerrüttung“ und „ungeordnete Lebensgemeinschaften.“<sup>7</sup>

Die bevölkerungspolitischen, erbgesundheitlichen (eugenischen) Prinzipien, die im Rahmen der Jugendfürsorge des Roten Wien leitend waren, wurden nun mit sittlich-katholischen Werten verknüpft. Die christliche Familie wurde gleichbedeutend mit einer „erbgesunden Familie“.<sup>8</sup> Die Ziele der katholischen Eugenik sollten der Bevölkerung vor allem über „sittliche Aufklärung“ nähergebracht werden.<sup>9</sup> Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den öffentlichen Eheberatungsstellen und den privaten katholischen Beratungsstellen des *Josefswerks* sowie des *Mutterschutzwerks der Vaterländischen Front* eingerichtet. Der städtischen Stelle oblag überwiegend die Beratung in biologischen und gesundheitlichen Fragen. Das Josefswerk spezialisierte sich auf rechtliche und seelsorgerische Fragen, insbesondere im Hinblick auf eine christliche Eheschließung und Eheführung. In diesem Rahmen wurden auch gesundheitliche „Ehetauglichkeitsprüfungen“ durchgeführt.<sup>10</sup> Auf religiöser Grundlage beruhte auch die Errichtung einer *Eheschlichtungsstelle und einer Eheanbahnungsstelle für die ehebereite Jugend*.<sup>11</sup>

Die 1935 insgesamt bestehenden 16 Schwangerenberatungsstellen, an denen die Ziele der neuen Familienpolitik in der Bevölkerung verbreitet werden sollten, nahmen eine „Schlüsselstellung“ für das gesamte System der gesundheitlichen und sozialen Fürsorge ein. Zur Errichtung zusätzlicher Schwangerenberatungsstellen wurden vor allem die *Volkspatenschaft*<sup>12</sup> und das *Josefswerk* subventioniert. Die Schwangerenberatung wurde mit der Mütterschulung des *Mutterschutzwerks der Vaterländischen Front*<sup>13</sup> verbunden. Die Maßnahmen der sozialen Dienste bauten auf den Prinzipien des Katholizismus und des Ständestaates auf. Somit fungierten sie als Instrument einer konservativen Familienpolitik, die auf traditionelle Geschlechterrollen und ein hierarchisches Geschlechterverhältnis setzte.

Um in Fällen von Arbeits- und Wohnungslosigkeit die „Einheit der Familie“ sicherzustellen, wurden im Frühjahr 1934 sogenannte „Familienasyle“ errichtet, insgesamt 800 „bescheidene, jedoch entsprechende Wohnungen“<sup>14</sup>. Die Miete war zwar gering, doch war ihr Standard äußerst dürftig: Sie bestanden aus einem Zimmer mit fünf Betten aus Stroh mit Strohsackhüllen, einer Küche, einer Toilette und einem Vorraum mit Wasserleitung. Leitungsrohre für elektrischen Strom waren vorhanden, doch nötige Kabel fehlten. Diese mussten von den MieterInnen selbst eingezogen werden.<sup>15</sup> Diese Wohnungen wurden allerdings ausschließlich an „geordnete Familien“ mit zwei oder mehreren Kindern übergeben. Zum Zwecke der „Erziehung zur gesunden Familie“ wurden für jedes Asyl jeweils eine Fürsorgerin, ein Arzt und ein Seelsorger eingesetzt.

Auch die Ausbildung, die angehende Fürsorgerinnen vor allem an der sogenannten „Pichlschule“, der *Sozialen Frauenschule der katholischen Frauenorganisation für die Erzdiözese Wien*<sup>16</sup>, absolvierten, war religiös und pronatalistisch geprägt. Der insgesamt medizinisch ausgerichtete Unterricht konzentrierte sich vorwiegend auf Mutterberatung und Wochenbettpflege. Praktika wurden vor allem an den Frauen- und Geburtsstationen und auf internen Abteilungen an Wiener Spitälern durchgeführt.<sup>17</sup>

## **Anstieg von Notleidenden und unzureichende Unterstützungsmöglichkeiten**

Zur Einsparung von Verwaltungskosten sowie zur besseren Überprüfbarkeit der KlientInnen wurde ein sogenanntes „Fürsorgebuch“ eingeführt, in das alle Unterstützungen öffentlicher wie auch privater Stellen eingetragen wurden. Das „Fürsorgebuch“ sollte den im Roten Wien errichteten zentralen Fürsorgekataster ablösen, um Möglichkeiten des Missbrauchs seitens der Hilfsbedürftigen auszuschließen. Während des NS-Regimes wurde das „Fürsorgebuch“ wieder abgeschafft.

Als besonders unterstützungswürdig wurden vor allem kinderreiche Familien angesehen. Die Beantragung von Pflegebeiträgen für kinderreiche Familien, in Form von Geld und Lebensmittelpaketen, sei – wie eine ehemalige Fürsorgerin des Wiener Jugendamtes erzählte – ihre Hauptarbeit in dieser Zeit gewesen.<sup>18</sup>

Angesichts der enormen sozialen Notlagen und der großen Zahl an hilfsbedürftigen KlientInnen gestalteten sich die Arbeitsbedingungen für Fürsorgerinnen schwierig. Vor allem fehlten ihnen die Möglichkeiten, ihre KlientInnen ausreichend unterstützen zu können. Den Erzählungen ehemaliger Fürsorgerinnen zufolge dürfte das Personal den zahlreichen BesucherInnen der morgendlichen Sprechstunden, im sogenannten „Parteienverkehr“<sup>19</sup> in den Bezirksjugendämtern, vielfach hilflos gegenübergestanden haben:

*„Und die Not war so groß, dass wir in gewissen Abständen, ich weiß nicht mehr wie lange, vom Ankerbrot Gutscheine bekommen haben für ein Kilo Brot. Wenn wir diese Gutscheine ausgegeben haben, haben sich so viele Menschen angestellt darum, dass das Wohnungsamt nebenan gesagt hat, die Stiege (das Bauamt) wird noch einbrechen. Und ich hab' vielleicht 20 oder 30 Marken gehabt und draußen gestanden sind 50, 60, 70 Leute um ein Kilo Brot. Also, einer hat mir dann ein Gedicht geschickt, weil ich ihm keins gegeben hab, ein ganz enttäushtes. Ja, was hätten wir tun sollen?“<sup>20</sup>*

Die allgemeine Wirtschaftskrise und die schlechte ökonomische Lage hatten jedoch nicht allein für die KlientInnen des Wiener Jugendamtes weitreichende Konsequenzen. Arbeitslosigkeit und daraus resultierende finanzielle Probleme trafen auch die Absolventinnen der Fürsorgerinnenausbildung, da es im öffentlichen Dienst keine freien Stellen für Fürsorgerinnen gab.<sup>21</sup>

## **Religiöse Erziehung und „richtige“ politische Gesinnung**

Zu den zentralen Aufgaben, „Lieblingsaufgaben“<sup>22</sup> der Fürsorgerinnen, zählte weiterhin die Betreuung der Mündel. Beim Hausbesuch in den im Jahre 1936 bestehenden 250 Fürsorgesprengeln wurde nun allerdings nicht mehr nur auf Sauberkeit und Hygiene geachtet, sondern auch die „sittlich-religiöse Erziehung der Kinder“ überwacht.<sup>23</sup> Deshalb wurden abgenommene Kinder eher in katholische Privatanstalten als in öffentliche Heime überstellt. Der alte Begriff der „Anstalt“, der im sozialdemokratischen Fürsorgediskurs durch den Begriff des „Heimes“ ersetzt wurde, wurde in der christlich-sozialen Ära wiedereingeführt.

Auch für eine Unterbringung von Pflegekindern war das Religionsbekenntnis der Pflegeeltern ausschlaggebend.<sup>24</sup> In einem Artikel der Arbeiterzeitung stand am 3. Februar 1935 Folgendes zu lesen:

*„Der Bürgermeister Schmitz hat verfügt, dass konfessionslosen Pflegeeltern die ihnen von der Gemeinde Wien übergebenen Pflegekinder weggenommen werden. Nur wenn die Pflegeeltern zur katholischen Kirche zurückkehren, können ihnen die Kinder gnadenweise überlassen bleiben. Wie viele menschliche Beziehungen durch dieses Dekret zerstört werden, wie viel Kindertränen bei der Trennung fließen werden, macht den Pfaffen und Pfaffenknechten nichts aus: Dem Seelenfang der Kirche sind alle anderen Erwägungen untergeordnet.“<sup>25</sup>*

Inwiefern es innerhalb des Wiener Jugendamtes aufgrund politisch-ideologischer Orientierung zu Entlassungen und Versetzungen kam, lässt sich nicht eindeutig feststellen. In manchen Bereichen des Fürsorgewesens dürfte es aber infolge des Verbots der Sozialdemokratie zu politisch motivierten personellen Veränderungen gekommen sein, um die Einrichtungen dem neuen politischen System anzupassen (z.B. im *Wiener Jugendhilfswerk*).<sup>26</sup> Eine ehemalige Fürsorgerin, die jahrzehntelang im Wiener Jugendamt tätig und eher sozialdemokratisch orientiert war, erinnert sich an das politisch aufgeladene Klima während des Ständestaates, das auch im Amt spürbar gewesen sei:

*„Und dann habe ich, hat man schon diesen unglaublichen Druck von unten gespürt. Man hat das Gefühl gehabt, es kommt was. Es waren ja auch die politischen Ereignisse. Ich meine, so jung man war, man hat alles Beben mitbekommen. War eine dramatische Zeit.“<sup>27</sup>*

- 1 70 Jahre Wiener Jugendamt, hg. v. Jugendamt der Stadt Wien, Wien 1987, S. 31.
- 2 Von der Erziehungsberatung zum Psychologischen Dienst. Wien, hg. v. Jugendamt der Stadt Wien, Wien 1985, S. 19.
- 3 Erziehungsberatung, 1985, S. 19; 70 Jahre Wiener Jugendamt, 1987, S. 31.
- 4 Erziehungsberatung, 1985, S. 19.
- 5 Julius Tandler, Wohltätigkeit oder Fürsorge? Wien 1925, S. 3.
- 6 Erziehungsberatung, 1985, S. 19.
- 7 70 Jahre Wiener Jugendamt, Wien 1987, S. 31.
- 8 Exner Gudrun/Josef Kytir/Alexander Pinwinkler, Bevölkerungswissenschaften in Österreich in der Zwischenkriegszeit (1918–1938), Personen, Institutionen, Diskurse. Wien/Köln/Weimar 2004, S. 133.
- 9 Löscher, 2001, S. 123.
- 10 Erziehungsberatung, 1985, S. 19.
- 11 70 Jahre Wiener Jugendamt, Wien 1987, S. 31.
- 12 Reuß, August: Kinderfürsorge im Dienste der Bevölkerungspolitik. In: Neue Freie Presse, Wien 14. 10. 1934, S. 2.
- 13 Reuß, 1934, S. 2.
- 14 70 Jahre Wiener Jugendamt, 1987, S. 32.
- 15 70 Jahre Wiener Jugendamt, 1987, S. 32.
- 16 Erwin Steinhauser, Geschichte der Sozialarbeiterausbildung. Wien 1993, S. 240 f.
- 17 Interview Frau N.
- 18 Interview Frau N.
- 19 Interview Frau K.
- 20 Interview Frau N.
- 21 Interview Frau K.
- 22 Interview Frau N.
- 23 Interview Frau N.
- 24 Psychologischer Dienst, 1985, S. 19.
- 25 Arbeiterzeitung, Brünn, 3. 2. 1935.
- 26 Vgl. 70 Jahre Wiener Jugendamt, 1987, S. 32.
- 27 Interview Frau S.

Auch die Ausbildung, die angehende Fürsorgerinnen vor allem an der sogenannten „Pichlschule“, der *Sozialen Frauenschule der katholischen Frauenorganisation für die Erzdiözese Wien*<sup>16</sup>, absolvierten, war religiös und pronatalistisch geprägt. Der insgesamt medizinisch ausgerichtete Unterricht konzentrierte sich vorwiegend auf Mutterberatung und Wochenbettpflege. Praktika wurden vor allem an den Frauen- und Geburtsstationen und auf internen Abteilungen an Wiener Spitälern durchgeführt.<sup>17</sup>

## **Anstieg von Notleidenden und unzureichende Unterstützungsmöglichkeiten**

Zur Einsparung von Verwaltungskosten sowie zur besseren Überprüfbarkeit der KlientInnen wurde ein sogenanntes „Fürsorgebuch“ eingeführt, in das alle Unterstützungen öffentlicher wie auch privater Stellen eingetragen wurden. Das „Fürsorgebuch“ sollte den im Roten Wien errichteten zentralen Fürsorgekataster ablösen, um Möglichkeiten des Missbrauchs seitens der Hilfsbedürftigen auszuschließen. Während des NS-Regimes wurde das „Fürsorgebuch“ wieder abgeschafft.

Als besonders unterstützungswürdig wurden vor allem kinderreiche Familien angesehen. Die Beantragung von Pflegebeiträgen für kinderreiche Familien, in Form von Geld und Lebensmittelpaketen, sei – wie eine ehemalige Fürsorgerin des Wiener Jugendamtes erzählte – ihre Hauptarbeit in dieser Zeit gewesen.<sup>18</sup>

Angesichts der enormen sozialen Notlagen und der großen Zahl an hilfsbedürftigen KlientInnen gestalteten sich die Arbeitsbedingungen für Fürsorgerinnen schwierig. Vor allem fehlten ihnen die Möglichkeiten, ihre KlientInnen ausreichend unterstützen zu können. Den Erzählungen ehemaliger Fürsorgerinnen zufolge dürfte das Personal den zahlreichen BesucherInnen der morgendlichen Sprechstunden, im sogenannten „Parteienverkehr“<sup>19</sup> in den Bezirksjugendämtern, vielfach hilflos gegenübergestanden haben:

*„Und die Not war so groß, dass wir in gewissen Abständen, ich weiß nicht mehr wie lange, vom Ankerbrot Gutscheine bekommen haben für ein Kilo Brot. Wenn wir diese Gutscheine ausgegeben haben, haben sich so viele Menschen angestellt darum, dass das Wohnungsamt nebenan gesagt hat, die Stiege (das Bauamt) wird noch einbrechen. Und ich hab' vielleicht 20 oder 30 Marken gehabt und draußen gestanden sind 50, 60, 70 Leute um ein Kilo Brot. Also, einer hat mir dann ein Gedicht geschickt, weil ich ihm keins gegeben hab, ein ganz enttäuschtes. Ja, was hätten wir tun sollen?“<sup>20</sup>*

Die allgemeine Wirtschaftskrise und die schlechte ökonomische Lage hatten jedoch nicht allein für die KlientInnen des Wiener Jugendamtes weitreichende Konsequenzen. Arbeitslosigkeit und daraus resultierende finanzielle Probleme trafen auch die Absolventinnen der Fürsorgerinnenausbildung, da es im öffentlichen Dienst keine freien Stellen für Fürsorgerinnen gab.<sup>21</sup>

## **Religiöse Erziehung und „richtige“ politische Gesinnung**

Zu den zentralen Aufgaben, „Lieblingsaufgaben“<sup>22</sup> der Fürsorgerinnen, zählte weiterhin die Betreuung der Mündel. Beim Hausbesuch in den im Jahre 1936 bestehenden 250 Fürsorgesprengeln wurde nun allerdings nicht mehr nur auf Sauberkeit und Hygiene geachtet, sondern auch die „sittlich-religiöse Erziehung der Kinder“ überwacht.<sup>23</sup> Deshalb wurden abgenommene Kinder eher in katholische Privatanstalten als in öffentliche Heime überstellt. Der alte Begriff der „Anstalt“, der im sozialdemokratischen Fürsorgediskurs durch den Begriff des „Heimes“ ersetzt wurde, wurde in der christlich-sozialen Ära wiedereingeführt.

# Jugendwohlfahrt im Austro- faschismus



Die umfassende Reformierung der Wiener Jugendwohlfahrt in den 1920er Jahren ist sowohl als Reaktion auf notwendige Erfordernisse zeitspezifischer sozialer Probleme der Bevölkerung anzusehen als auch als Ausdruck politischen Willens. Die politischen Rahmenbedingungen sowie die über das neue Steuersystem zu Verfügung gestellten ökonomischen Ressourcen im *Roten Wien* hatten den Auf- und Ausbau der Jugendwohlfahrt gefördert. Angesichts der schlechten materiellen Versorgung eines breiten Teiles der Wiener Bevölkerung reichten die vorhandenen Mittel jedoch nicht annähernd aus, das Elend der Klientel des Jugendamtes beheben zu können. Die Wirtschaftskrise Ende der 1930er Jahre verschlechterte die ökonomische, soziale und gesundheitliche Lage breiter Bevölkerungsgruppen erneut.

Am ersten April 1934 trat die ständisch-autoritäre Verfassung in Kraft. Im Rahmen der austrofaschistischen Diktatur wurden auf organisatorisch-struktureller Ebene der öffentlichen Jugendfürsorge keine entscheidenden Neuerungen vollzogen. Ebenso wurde von einem weiteren Ausbau öffentlicher jugendfürsorgerischer Tätigkeit Abstand genommen.

Ganz im Gegenteil: Im Zentrum der neuen Verwaltung stand die enge Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen der Jugendfürsorge. Damit verbunden war eine erhöhte Finanzierung privater Vereinstätigkeit.<sup>1</sup> Somit stand einem enormen Anstieg an notwendigen Fürsorgeleistungen eine drastische Kürzung der öffentlichen Mittel entgegen.

Im Zuge von Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen wurde die bisher im Schloss Wilhelminenberg untergebrachte Beobachtungseinrichtung des Wiener Jugendamtes aufgelassen und ins Wiener Zentralkinderheim verlegt.

Über die Schließung des Kinderheimes wurde im Mai 1934 in der Arbeiterzeitung, die nach dem Verbot der Sozialdemokratie ab 1933 in Brünn herausgegeben wurde, empört berichtet:

*„Statt armer Kinder eine klerikale Institution! Das rote Wien hat das Habsburger Schloß Wilhelminenberg zu einem herrlichen Heim für arme fürsorgebedürftige Kinder gemacht. Das schwarze Wien von heute hat das Schloß den armen Kindern geraubt und es den Wiener Sängerknaben geschenkt. (...) Was man den Kindern stiehlt, widmet man den klerikalen Monarchisten.“<sup>2</sup>*



Bild 1: Kinderheim Schloss Wilhelminenberg